

Rede

der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Simone Holderried,
zur Beschlussfassung des Haushaltes 2022

Brühl, 13. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
liebe Bürger*innen hier im Saal und Zuhörende im Audiostream,

vor etwas über einem halben Jahr haben wir hier an gleicher Stelle den Haushalt 2021 beschlossen. Wer hätte damals gedacht, dass wir heute immer noch mit der Eindämmung der Corona-Pandemie zu kämpfen haben und die Krankenhäuser belasteter sind als je zuvor? Die im Frühjahr angelaufene Impfkampagne ist zu kurz gesprungen und hat viel zu früh an Energie verloren. Anstatt mit vereinten Kräften und kreativen Ideen Ungeimpfte zu erreichen, wurden Impf- und Testzentren geschlossen, die jetzt mühsam wieder aufgebaut werden mussten. Die Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht wäre vermeidbar gewesen und ist ein unnötiger Nebenschauplatz. Wahlkampf und Pandemiebekämpfung passen nicht zusammen, die Signale des damaligen Gesundheitsministers waren die falschen.

Ich werde mich in meiner heutigen HH-Rede mit Blick auf die Sitzungszeit kurz halten und lediglich drei Punkte herausheben:

Unser Beitrag zum **Klimaschutz**

Die Notwendigkeit einer **Mobilitätswende**

Ein Ort für innovative Ideen: **Schule**

Unser Beitrag zum Klimaschutz

Vor genau fünf Monaten, am 14. und 15. Juli, haben unfassbare Regenfälle in unserer Region zu einer Katastrophe geführt, deren Ausmaß bis dato unvorstellbar war. Nach den überdurchschnittlich warmen und trockenen Monaten der vergangenen Sommer hat sich eine andere Auswirkung der menschengemachten Klimaveränderungen auf verheerende Weise in unserer Gegend gezeigt: sintflutartiger Regen, der in den direkt betroffenen Gebieten keinen Stein auf dem anderen gelassen hat. Wir hier in Brühl sind im Vergleich zu

unserer Nachbarstadt glimpflich davon gekommen. „Glimpflich“ heißt dennoch: Schäden allein an öffentlichen Gebäuden und der Infrastruktur in Millionenhöhe sowie unzählige vollgelaufene Keller. Ein zusätzliches Sperrmüllaufkommen von etwa 560 Tonnen lässt erahnen, wie hoch die Schäden in den Privathaushalten waren und sind. Und dennoch hatten wir Glück: In Brühl sind keine Menschen zu Schaden gekommen, niemand hat sein Dach überm Kopf verloren. Insgesamt hat diese Katastrophe mindestens 180 Tote gefordert, viele hundert Menschen wurden verletzt oder traumatisiert. 30 Milliarden Euro haben Bund und Länder für den Wiederaufbau vorgesehen (SZ 6.9.21). 30.000 Millionen (!) allein für das relativ kleine Gebiet hier in NRW und Rheinland-Pfalz! Die Versicherungsbranche beklagt, dass weltweit die Ausgaben aufgrund von Naturkatastrophen so hoch seien wie noch nie. Umso unverständlicher ist es, dass sich die Verantwortlichen bei der Weltklimakonferenz in Glasgow immer noch nicht eindeutig und entschlossen auf Maßnahmen einigen konnten, die zu einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad führen. (Angesichts dieser steigenden Kosten für die Beseitigung von Schäden durch klimawandelbedingte Naturkatastrophen ist es auch unverständlich, dass im Bereich der Vorbeugung nur zögerlich investiert wird. Prävention ist halt leider unspektakulär.)

Um auf diesen 1,5 Grad-Pfad zu kommen braucht es ein sinnvolles Ineinandergreifen der verschiedenen politischen Ebenen und Player in unserer Gesellschaft. Hier müssen natürlich auf Bundes- und Landesebene gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es der Kommunalpolitik und den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag entsprechende Ziele vereinbart. Bleibt zu hoffen, dass nach der kommenden Landtagswahl im Mai auch in NRW der 1,5 Grad-Pfad zur Messlatte politischer Entscheidungen wird.

In Brühl soll zusätzlich zu den Klimaschutzmaßnahmen, die wir bereits im Mai für den Haushalt 2021 beschlossen haben, im kommenden Jahr von der Verwaltung geprüft werden, welche öffentlichen Flächen, z.B. Parkplätze, mit Pergolen beschattet werden könnten. Solche Pergolen bieten Platz für Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung. Die eh schon versiegelte Fläche kann auf diese Art und Weise aufgewertet und zusätzlich sinnvoll genutzt werden. Erste Umsetzungsschritte könnten ebenfalls 2022 erfolgen.

Darüber hinaus soll im Stadtgebiet allgemein mehr regenerativer Strom über PV-Anlagen erzeugt werden. Im Rahmen einer „Solaroffensive“ soll ein spezialisiertes Ingenieurbüro der Verwaltung zuarbeiten und Umsetzungsvorschläge aufzeigen, wo und mit Hilfe welcher Schritte im öffentlichen Raum und auf privaten Dächern und Flächen noch mehr klimafreundlicher Strom erzeugt werden kann. An dieser Stelle begrüßen wir ausdrücklich, dass die Verwaltung bereits die städtischen Dächer auf ihre PV-Tauglichkeit hin überprüft und in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken die ersten Anlagen mit einer Gesamtleistung von mehr als 280 kWp installiert hat. Weitere Anlagen folgen in den nächsten beiden Jahren. Allerdings kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie diese Maßnahme quasi im „stillen Kämmerlein“ umsetzen, anstatt dies mit einer breiten Öffentlichkeitskampagne zu begleiten. Stadt und Stadtwerke gehen hier mit gutem Beispiel voran und sollten das dem Rat und vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern kundtun. Das Gleiche gilt m.E. für Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Ausgleichsflächen für

Bautätigkeit und Versiegelung ergriffen werden. Über den Hintergrund für neu gepflanzte Bäume oder anderweitig ökologisch aufgewertete Grünflächen könnte – zumindest für eine begrenzte Zeit - auf Hinweistafeln informiert werden (z.B. an der Fläche zwischen der Maiglerwiese und Pingsdorf).

Neben diesen energiepolitischen Maßnahmen sind die Themen Versiegelung – bzw. Entsiegelung - und Steigerung der Biodiversität auf unserem Stadtgebiet von zentraler Bedeutung für den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Dafür muss die bereits für 2021 beschlossene Stelle „Ökologisches Grünflächenmanagement“ dringend ausgeschrieben und besetzt werden. Entsiegelte Flächen, naturnah gestaltete Bachläufe, Böden, die in der Lage sind, Wasser aufzunehmen und zu speichern, sind robuster gegen extreme Wetterereignisse und leisten einen Beitrag dazu, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Die Notwendigkeit einer Mobilitätswende

Der Verkehrssektor muss einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Bis 2030 sollen in Deutschland die CO₂ – Emissionen in diesem Bereich um 48% sinken und sich die Fahrgastzahlen im ÖPNV verdoppeln, bis 2045 soll der Verkehr klimaneutral unterwegs sein. Eine Mobilitätswende wird allerdings nicht erreicht, indem man nur die Antriebsart der Fahrzeuge ändert und alles andere bleibt beim Alten. Nein, das wäre zu wenig! Mobilitätswende bedeutet eine grundlegende Veränderung. Sie führt zu neuem Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Mehr Fußgänger*innen, mehr Radverkehr, ein attraktiveres ÖPNV-Angebot, mehr Carsharing-Standorte, die leicht erreichbar sind, Leihräder, auch Lastenräder, die unkompliziert ausgeliehen werden können, mehr Platz in der Innenstadt zum Verweilen. In meiner Etatrede im Mai habe ich dies ausführlich dargelegt.

Der interfraktionelle Arbeitskreis, der zusammen mit der Verwaltung und den Stadtwerken dieses Projekt inhaltlich angeht, hat seine Arbeit mit den beiden Workshops erfolgreich aufgenommen. Ich finde es vielversprechend, dass dort viele Themen von den Mitgliedern des Arbeitskreises fraktionsübergreifend geteilt werden. Der gemeinsame Antrag für eine weitere Stelle im Fachbereich 61/3 (ÖPNV, Mobilität und Verkehr) verdeutlicht dies und ich freue mich, dass neben SPD und Grünen auch die CDU und die Linken/Piraten die Notwendigkeit dieser weiteren Stelle sehen und den Antrag unterstützen.

Die Aufgaben und Herausforderungen sind enorm. Die Dominanz der Automobilindustrie hat bundesweit zu einer krassen Unwucht in der Mobilitätsinfrastruktur und im Mobilitätsverhalten geführt. In den letzten 60 Jahren wurden Schienen rückgebaut, Straßen und Autobahnen ausgebaut, der ländliche Raum ist vom Schienennetz nahezu ganz abgehängt. Wer Straßen baut/sät, erntet Verkehr! Dass nach wie vor ernsthaft über den Bau der sogenannten Rheinspange nachgedacht wird, klingt wie aus der Zeit gefallen.

In Städten gehört der öffentliche Raum heute anscheinend dem Auto, jeder freie Fleck wird als Parkplatz gesehen. Auch in Brühl. Das hat sich langsam und stetig so entwickelt und ist für viele „irgendwie normal“. Dass sich dieser Zustand aber auch weiterentwickeln lässt, dass

der Mensch wieder mehr im Mittelpunkt der Verkehrsplanung stehen kann, dass und wie Menschen auch klimaneutral mobil sein können, muss **kommuniziert** werden. Kein Posten wurde bei den Haushaltsberatungen im Hauptausschuss so infrage gestellt wie die Kommunikationsstrategie zur Mobilitätswende. 200.000 € sind hier veranschlagt, also ca. 5 € pro Einwohner*in. Dieser Betrag ist dazu vorgesehen, die Bevölkerung auf dem Weg der Mobilitätswende mitzunehmen. Denn gelingen kann diese Wende nur **mit** den Bürgerinnen und Bürgern, nicht gegen sie. Das Zukunftsnetz Mobilität NRW, dem auch die Stadt Brühl als Mitglied angehört, formuliert dies auf seiner Homepage so:

„Die Mobilitätswende ist im Kern eine kommunikative Aufgabe, die Aufklärung, Überzeugung, Inspiration, Anleitung und Vernetzung erfordert.“

Wir können froh sein, dass wir bei der Umsetzung der Mobilitätswende hier in Brühl die Expertise dieser Fachleute nutzen können und bei der Durchführung der Workshops kompetent unterstützt werden.

Ein Ort für innovative Ideen: Schule

Den Schulen, also den Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und deren Eltern wurde und wird in der Pandemie ganz besonders viel abverlangt. Digitaler Unterricht, Wechselunterricht, Präsenzunterricht für alle unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln, Maskenpflicht ja – nein - ja, Lolli-Pooltests, ständig veränderte Quarantäneregeln und kurzfristige Erlasse des Ministeriums. Die Freude über die Möglichkeit, wieder zusammen mit den Mitschüler*innen zu lernen, wird von vielen sicherlich begleitet von der Angst, sich mit dem Coronavirus anzustecken. Die Sieben-Tage-Inzidenz bei den 5 – 14-Jährigen liegt im Rhein-Erft-Kreis bei über 640. Das ist erschreckend hoch. Mobile Filteranlagen und CO₂-Messgeräte können vor Ort unterstützen, das regelmäßige Lüften ersetzen sie natürlich nicht.

In dieser angespannten Zeit kann es gut sein, dass sich viele vor allem danach sehnen, dass wieder mehr Alltag in die Schule einkehrt. Unterstützend kann hier das Konzept der Familiengrundschule sein, das in Anlehnung an die Familienzentren in Kitas modellhaft zunächst an einer Brühler Grundschule entwickelt werden soll.

Gleichzeitig ist es für uns Grüne wichtig, dass die Stadt als Schulträgerin über die aktuelle Situation hinaus denkt. Wir wollen innovative Ideen an den städtischen Schulen fördern. Häufig entsteht ja in der Krise Neues. Genauso gut können Neugier, Entdeckungslust, eine Fortbildung oder ein kollegiales Gespräch zu neuen Ideen führen, die den konkreten Lernort verändern können. Um die Lehrerinnen und Lehrer dabei zu unterstützen, haben wir im Mai des Jahres bereits eine Stelle für Innovationsmanagement an Schulen beschlossen, die dringend ausgeschrieben und besetzt werden muss. Zusätzlich zu dieser Stelle werden die Schulen ab dem kommenden Jahr die Möglichkeit haben, innovative Ideen über einen städtischen Fonds zu finanzieren. Der Schulausschuss wird dazu noch die nötigen Förderrichtlinien erarbeiten. Damit wird es möglich, dass Neues, vielleicht Experimentelles

nicht über den jeweiligen Schuletat finanziert werden muss oder gar an fehlenden Fördertöpfen scheitert, sondern zeitnah umgesetzt werden kann.

Die Ergebnisse des Prüfauftrages zu einer Schulküche in städtischer Trägerschaft müssen in den nächsten Wochen diskutiert und Schlüsse daraus gezogen werden. Das dem Prüfauftrag zugrundeliegende Ziel ist es, in den Schulmensen ein gesundes, leckeres Mittagessen anzubieten mit einem hohen Anteil an Bio-Lebensmitteln. Unterstützt durch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung werden wir Wege erarbeiten, um möglichst zum kommenden Schuljahr neue Standards beim Schulessen umsetzen zu können. Damit die Preise für die Mittagessen stabil bleiben können, haben wir im kommenden Haushalt einen entsprechenden Betrag als städtischen Zuschuss veranschlagt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
fraglos ist unsere Haushaltssituation sehr angespannt und wir müssen in den nächsten Jahren verstärkt den Blick darauf richten, an welcher Stelle Ausgaben reduziert werden können. Mehr Digitalisierung der Verwaltung ist sicherlich eine Stellschraube. Hier hat sich ja auch die neue Bundesregierung viel vorgenommen, so dass man hoffen kann, dass mancher Verwaltungsvorgang den modernen Möglichkeiten angepasst werden wird. Doch trotz dieser Haushaltsslage müssen wir in die Zukunft investieren, müssen insbesondere den Klimaschutz ernst nehmen und unsere Stadt so umgestalten, dass sie für die Herausforderungen der kommenden Jahre gewappnet ist. Die Politökonomin und Transformationsforscherin Prof. Maja Göpel weist eindringlich darauf hin, dass die Folgen und Folgekosten des Klimawandels alles bisher bekannte übersteigen werden und überhaupt nicht kalkulierbar seien und dass wir alles dafür tun müssen, um die menschengemachte Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. „Alles“ tun wir mit dem vorliegenden Haushalt noch nicht, aber es geht in die richtige Richtung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Haushalt deswegen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.